

## **DIE KRISE DER DEMOKRATIE ALS EINE CHANCE DER DEMOKRATIE**

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Ich bin gebeten worden, zu Ihnen über das Thema „die Krise der Demokratie als eine Chance für die Demokratie“ zu sprechen. Dieses vorgegebene Thema unterstellt, daß sich die Demokratie - und natürlich ist vor allem unsere gemeint - in einer Krise oder krisenhaften Entwicklung befinde.

Was nun könnte der Hintergrund dieser These sein, oder - anders gefragt - welche Tatsachen oder Anzeichen gibt es zur Rechtfertigung der Behauptung, die Demokratie sei in einer Krise? Könnte man nicht auch das Gegenteil behaupten?

Wäre es also wirklich verkehrt zu sagen, daß sich die demokratische Gesellschaftsordnung bei uns gerade nach dem Umbruch in der Weltpolitik, dem wir die staatliche Einheit und somit die historisch erste gesamtdeutsche Demokratie verdanken, in herausragender Weise bewährt habe?

Erinnern wir uns noch an die vor rund 10 Jahren vieldiskutierte These des amerikanischen Philosophen Francis Fukuyama, der damals sogar davon sprach, daß mit dem Scheitern des sozialistisch-kommunistischen Experiments endlich auch der letzte Feind der liberal-demokratischen Gesellschaftsordnung überwunden und somit das historische Ende der großideologischen Auseinandersetzungen, gleichsam das „Ende der Geschichte“ gekommen sei?

Ist es nicht in Wirklichkeit so, daß die in allen Demokratien anzutreffenden auch üblen Vorgänge, Bewegungen und Strömungen, die z.B. alljährlich von unseren Verfassungsschutzämtern als demokratiegefährdend eingestuft werden, doch eher nur Randerscheinungen einer im übrigen stabilen, demokratischen Gesellschaftsordnung sind? Einer gefestigten Demokratie also, die sogar so tiefgreifende Erschütterungen wie die der CDU-Parteispendenaffäre zu verarbeiten in der Lage ist und allenfalls mit einem kurzzeitigen Zucken des Wahlbarometers quittiert: Immerhin ja einer Affäre, in die nicht irgendwelche, sondern hohe und höchste Repräsentanten des demokratischen Systems verstrickt sind.

Oder: Ertragen die vielen arbeitslosen oder die am Existenzminimum lebenden Menschen in Deutschland ihr Schicksal nicht letztendlich doch, ohne in antidemokratische Radikalität abzugleiten? Und spricht z.B. nicht auch die Geduld der Menschen in den östlichen Bundesländern, mit der sie der versprochenen Angleichung ihrer Lebensverhältnisse an westdeutsche Standards harren, nicht eher gegen als für die These von der Krise unserer Demokratie?

Haben wir also die ehemalige britische Premierministerin Thatcher nicht eindrucksvoll widerlegt, die vor der Vereinigung der deutschen Staaten mit dem Hinweis warnte, daß die deutsche Demokratie noch keine Bewährungsprobe zu bestehen gehabt habe. Deshalb zu befürchten sei, daß sie sich - in wirtschaftlichen oder anderen Krisen - als anfällig für antidemokratisches Gedankengut, also nur als Schönwetterdemokratie erweisen werde?

Und, nicht zuletzt, kann man an der festen Verankerung Deutschlands in der Wertegemeinschaft der Demokratien des Westens noch irgendeinen Zweifel hegen, wenn wir uns ohne nennenswerten Widerstand der Bevölkerung sogar an völkerrechtlich zweifelhaften Kriegen - wie dem in Jugoslawien - beteiligen?

Wenn das alles so ist, worin sollte denn dann die hier unterstellte Krise unserer Demokratie überhaupt bestehen? Jedenfalls gibt es keinen ersichtlichen Anlaß, an der demokratisch orientierten Staatsräson der überwältigenden Mehrheit der deutschen Bevölkerung zu zweifeln. Nichts deutet derzeit darauf hin, daß sich nennenswerte Teile der deutschen Bevölkerung dem demokratischen Mehrheitswillen versagen, gegen ihn offen oder gar gewalttätig rebellieren könnten.

Insoweit könnte man also sagen, daß wir, die Deutschen, heutzutage doch ziemlich gute Demokraten sind. Mit anderen Worten, aus dem bis hierher eingenommenen Blickwinkel eines als Instrument einer „wehrhaften Demokratie“ verstandenen Staatsschutzes scheint es nicht gerechtfertigt und maßlos übertrieben zu sein, von einer Krise oder akuten Gefährdung unserer demokratischen Ordnung durch antidemokratische Kräfte zu sprechen. Wer solche Gefahren dennoch überzeichnet und überstrapaziert, hat in der Regel noch anderes als die Sorge um unsere Demokratie im Sinn: Ein Gesichtspunkt, der im weiteren Verlaufe meines Vortrages noch eine Rolle spielen wird.

Soll aber nun dennoch und zu Recht von einer Krise der Demokratie gesprochen werden, dann muß der bisher eingenommene Blickwinkel des an ruhigen, stabilen politischen Verhältnissen interessierten Staates durch eine andere Perspektive ersetzt werden.

Sofern es eine Krise der Demokratie überhaupt gibt, dann meiner Meinung nach sicher nicht eine von außen durch systemfeindliche, antidemokratische Kräfte, sondern eine durch innere, systemimmanente - ich möchte vorerst etwas ungenau sagen - antidemokratische Kräfte hervorgerufene oder begünstigte.

Unter der neuen Perspektive erscheinen dann die oben dargelegten und für die demokratische Stabilität Deutschlands sprechenden Argumente nicht mehr unbedingt in dem gleichen positiven Licht. Es wird z.B. fraglich, ob etwa die fast klaglose öffentliche Akzeptanz unserer Beteiligung am Jugoslawienkrieg oder die doch nahezu folgenlose Hinnahme von Geldschiebe- und Geldwäschereien oder anderer politischen Skandale nun tatsächlich ein Ausweis für die demokratisch-politische Reife der Bevölkerung oder vielleicht doch nur ein Beleg für deren zunehmendes politisches Desinteresse ist. Nicht allein die im folgenden skizzierten Belege sprechen eher für die letztgenannte Interpretation:

Die Beteiligung der wahlberechtigten deutschen Bevölkerung an demokratischen Wahlen ist - von einzelnen Ausnahmen abgesehen - rückläufig. Bei der letzten für die politische Gesamtkonstellation der Bundesrepublik gewiß nicht unwichtigen Landtagswahl in NRW erreichte sie mit 57% einen vorläufigen Negativrekord, wenn man von der noch geringeren Teilnahme an der letzten Wahl zum Europäischen Parlament absieht, die gerade einmal 40% betrug. Jedoch nicht allein das: Auch die Mitgliedschaft in den politischen Parteien ist der Höhe nach nicht nur marginal (ca. 3,6 % der Wahlbevölkerung), seit Jahren ist sie auch rückläufig. Und von denen, die aus welchen Gründen auch immer irgendwann einmal Mitglied einer Partei geworden sind, beteiligen sich immer weniger aktiv an deren politischer Arbeit.

Aber nicht nur das Image der politischen Parteien, sondern auch das gesellschaftliche Ansehen der Politiker und Politikerinnen sinkt beständig. Immer mehr Menschen gefallen sich in Beschimpfungen der oft als Angehörige einer „Kaste“ apostrophierten Politiker und Politikerinnen und sind zu Differenzierungen ihrer Pauschalverurteilung nicht mehr bereit.

Und was besonders bedenklich ist: Es ist auch und nicht zuletzt die Jugend, die ausweislich der letzten Jugendstudien, der Shell-Studien, von Jahr zu Jahr deutlich geringeres Interesse an politischen Vorgängen und Fragestellungen bekundet. Der Prozentsatz der an Politik im weitesten Sinne überhaupt noch interessierten jungen Menschen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren ist seit 1991 insgesamt sehr stark, nämlich von 57 auf 43%, und allein auf die Jugend der neuen Bundesländer bezogen, geradezu dramatisch auf nur noch 35% abgesunken.

Sind solche und ähnliche Fakten nun die gesuchten Anzeichen, die Indikatoren, die die unserem Thema unterstellte These von der Krise der Demokratie belegen könnten? Ich denke: So ohne weiteres nicht. Denn es könnte ja sein, daß alle diese genannten Hinweise auf ein zunehmendes Desinteresse an der Politik nichts weiter als der Ausdruck dafür sind, daß die deutsche Bevölkerung in ihrer überwiegenden Mehrheit mit den aktuellen politischen und von der Politik beeinflussbaren sozialen, wirtschaftlichen und sonstigen Verhältnissen im Großen und Ganzen so zufrieden ist, daß ihnen eigenes politisches Engagement als überflüssig erscheint. Belehrt uns z.B. nicht ein Blick auf die Vereinigten Staaten von Amerika, wo eine der ältesten modernen Demokratien schon seit vielen Jahren gut zu funktionieren scheint, daß dort die Beteiligung an demokratischen Wahlen selten mehr als 50% erreicht? Ist es also möglich, daß das breite Nichtwählen auch ein demokratisches Wählen, nämlich das Wählen der aktuell bestehenden Umstände und Verhältnisse ist, an deren Veränderung man kein sonderliches Interesse hat?

Unter einem derartigen Blickwinkel würden die Entscheidungen, nicht zur Wahl zu gehen und sich nicht für Politik zu interessieren zwar ein Ausdruck von Bequemlichkeit, vielleicht auch Ausdruck einer gewissen Trittbrettfahrermentalität, aber nicht unbedingt auch ein hinreichender Beleg für antidemokratisches Verhalten sein und könnten insofern nur schwerlich mit einer Krise der Demokratie in Verbindung gebracht werden.

Nun mag es tatsächlich nicht wenige Menschen geben, für die diese Überlegung zutrifft, deren politisches Desinteresse und demokratische Abstinenz schlicht gedanklicher und praktischer Trägheit entspringt. Für die überwiegende Mehrheit hingegen dürfte diese Erklärung - jedenfalls in dieser simplen Form - keine Gültigkeit besitzen. Dafür sprechen nicht allein die Erfahrungen, die man als Politikerin im Rahmen der vielfältigen Kontakte mit den Bürgern und Bürgerinnen macht, sondern auch und vor allem eine Fülle einschlägiger wissenschaftlicher Untersuchungen.

Die weisen nämlich alle darauf hin, daß die Menschen - anders als die obige Überlegung unterstellt - durchaus problembewußt sind, also die im gesellschaftlichen Raum bestehenden Probleme sozialer, ökonomischer oder sonstiger Art durchaus als solche anerkennen und als die ihrigen begreifen und erleben. Besonders wichtig in unserem Zusammenhang aber ist, daß bestehende Probleme und Schief-

lagen nicht nur als solche erkannt und anerkannt werden, sondern daß die Menschen mit Sorgen, zuweilen mit Ängsten und nicht selten auch mit Verbitterung und Wut registrieren, daß sich die Politik außerordentlich schwer tut, sich dieser Probleme anzunehmen und angemessen auf sie zu reagieren. Darin dürfte, nach allem was man weiß, der wichtigste Grund für die rapide zunehmende Distanz der Bürger und Bürgerinnen zur Politik und zu den demokratischen Verfahren und Prozessen liegen und letztlich das erzeugt werden, was gemeinhin als Politik- oder Politikerverdrossenheit bezeichnet wird.

Obwohl wir jetzt der gesellschaftlichen Wahrheit bestimmt sehr nahe gekommen sind, entbehren die bisher angestellten Überlegungen dennoch an wenigstens noch einem Punkt der Plausibilität. Wenn denn, so wäre nämlich mit Recht einzuwenden, wenn denn große Teile der deutschen Bevölkerung mit der aktuellen Politik, mit den Politikern und Politikerinnen, derart unzufrieden sind, dann läge es doch nahe, daß die Bürger und Bürgerinnen das Heft des politischen Handelns selbst in die Hand nehmen, sich also gerade nicht in politischer Enthaltsamkeit üben würden.

Einige - allerdings und schlimm genug nur wenige - tun das ja auch, in dem sie die Pfade der politisch-demokratischen Ordnung, die sie als ineffektiv erkannt zu haben glauben, verlassen und die ihnen besonders unter den Nägeln brennenden tatsächlichen oder vermeintlichen Probleme im wortwörtlichen Sinne auf eigene Faust zu lösen trachten.

Viele mögen sich auch zur politischen Aktivität grundsätzlich nicht bereit oder in der Lage sehen. Die große Mehrheit jedoch ahnt oder erkennt zunehmend, daß der Staat und die Politik unter den Bedingungen der durch die neuen Kommunikationstechnologien globalisierten Wirtschaft erheblich an Problemlösungskompetenz, d.h. wesentliche Teile ihrer politischen Handlungsmöglichkeiten eingebüßt haben. Es blieb und bleibt großen Teilen der Bevölkerung eben nicht verborgen, daß die weltweit und weitgehend ungebremst agierende Finanz- und Realwirtschaft einen immensen Zugewinn an Selektionsmacht etwa über ihre Standorte und in der Folge einen deutlichen Zuwachs an Macht gegenüber der Politik erlangt hat. Eine Macht, der sich die Regierungen immer öfter gezwungen sind zu beugen. Die Menschen ahnen oder erkennen, daß sich die Wirtschaftspolitik im weiteren Sinne und mit ihr auch wesentliche Teile der Sozialpolitik zunehmend auf den Konkurrenzkampf um die günstigsten Standortbedingungen reduziert, der - ob nun vermeintlich oder tatsächlich - fast immer zu ihren Lasten ausgetragen und entschieden wird.

Daß dies Verlust- und Versagensängste hervorruft und daß die von der globalisierten Wirtschaft erhobenen Anforderungen z.B. an die Mobilität und Flexibilität der Arbeitnehmerschaft keineswegs - wie oft allzu kurzschlüssig unterstellt wird - von den Menschen als Zugewinn von Freiheit, sondern eher und nicht zu Unrecht als Verlust von Selbstbestimmung erlebt wird, ist nachvollziehbar.

Damit aber ist eine objektive und subjektive Situation angedeutet, die Ralf Dahrendorf die Ankunft eines autoritären Zeitalters prognostizieren läßt. Nicht nur, aber auch eine mentale Situation, die nicht wenige Menschen sehr anfällig und dankbar für jede Art von Autorität macht: Ein Aspekt, auf den ich später noch einmal zurückkommen werde.

Ich fasse bis hierher zusammen; Die hier als Krisensymptom der Demokratie ausgemachte Distanz der Menschen zur Politik und zum politischen System begründet sich weder in antidemokratischen Einstellungen noch in purer Bequemlichkeit der Bürger und Bürgerinnen. Sie begründet sich im Verlust von Vertrauen, aber mehr noch im Verlust von Zutrauen in die Politik. Es ist also die wachsende Einsicht in die Beschränktheit staatlicher und politischer Handlungskompetenz und -macht, die von vielen vor allem älteren Menschen mit Frustration und Resignation und von nicht wenigen jungen Menschen mit einer trotzigem Egozentrismus, ich möchte sagen, mit einer Art utilitaristischer Ich-Bezogenheit, und von beiden gleichermaßen mit demokratisch-politischer Zurückhaltung und Apathie beantwortet wird. In der jüngsten Shell-Jugendstudie liest sich dieser Sachverhalt so: „Den politischen Parteien werfen viele Jugendlichen vor, daß sie an den Problemen der Menschen nicht interessiert seien, daß sie nicht mehr unterscheidbar sind, da die Interessen der Wirtschaft ohnehin dominieren und die Politik von Sachzwängen bestimmt wird.“

Nun ist es nicht so, daß die Politik selbst auf die geschilderte und für unser demokratisches Ordnungssystem nicht ungefährliche Entwicklung nicht reagiert habe oder nicht reagieren würde. Im Rahmen unseres Themas will ich vor allem eine Reaktion der Politik hervorheben, die mit Blick auf die krisenhafte Entwicklung unseres demokratischen Systems meines Erachtens von entscheidender, jedenfalls von kaum zu überschätzender Bedeutung sein dürfte. Um sie zu verdeutlichen, möchte ich Ihre Aufmerksamkeit noch einmal zurück, auf den Anfang unserer gesamtdeutschen Demokratie, das heißt auf die frühen 90er Jahre lenken.

Mit der damals unerwartet plötzlichen Auflösung des von den westlichen Staaten zuweilen als Inbegriff des Bösen angesehenen sowjetischen Machtblocks kam der westlichen Politik gewissermaßen über

Nacht ein Thema abhandeln, daß in der westlichen Nachkriegspolitik die entscheidende Rolle gespielt hatte. Eine deutsche Besonderheit lag insofern vor, als den deutschen politischen Parteien der alten Bundesrepublik mit der weltpolitischen Wende auch ein Thema entfiel, das bis dato die herausragende Rolle bei der Profilierung der Parteien untereinander gespielt hatte.

Man denke z. B. an die alle anderen Konflikthemen in den Schatten stellenden Auseinandersetzungen: Zunächst um die richtige Ostpolitik, dann um die richtige sicherheitspolitische Abschreckungs-, Vertrags- und Annäherungspolitik gegenüber dem Ostblock und besonders gegenüber der Sowjetunion und der DDR. Und so dauerte es nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten auch nicht lange, bis die parteistrategische Logik nach Ersatzthemen für die verlorengegangenen politischen Profilierungsmöglichkeiten verlangte.

Es waren, was aus ideologisch-weltanschaulichen Gründen nahe lag, zuerst die konservativen Parteien, also die CDU/ CSU, die neben der Asyl- und Fremdenpolitik, im Themenbereich der inneren Sicherheit, vor allem in der Kriminalpolitik, ein zur zwischenparteilichen Profilierung hervorragend geeignetes Politikfeld erkannte. Ein Themenbereich, der bis dato selbst in den Jahren außerordentlich schnell ansteigender Kriminalitätsraten in der Politik der alten Bundesrepublik so gut wie keine Rolle gespielt hatte. Mit provokanten Forderungen, wie etwa der des damaligen Vorsitzenden der CDU/ CSU-Fraktion, Wolfgang Schäuble, die Bundeswehr entgegen den Bestimmungen des Grundgesetzes auch zur Bewältigung vorgeblich drohender innerer Krisen und zur Bekämpfung des politisch motivierten Terrorismus einzusetzen oder mit der Entdeckung einer als neu und besonders gefährlich behaupteten Kriminalitätsform, der sogenannten Organisierten Kriminalität, gelang es der CDU/ CSU dann auch, die innenpolitische Diskussion zu beherrschen.

Genausowenig wie in der Vorwendezeit wäre das der Union allerdings auch nach der Wende im vereinigten Deutschland vermutlich nicht gelungen, wenn ihre nicht außergewöhnlich begünstigenden Faktoren zur Hilfe gekommen wären. Zunächst dürfte für die erfolgreiche Stilisierung und Dramatisierung der Inneren Sicherheit der Umstand wichtig gewesen sein, daß die mit rechtsstaatlich-liberalen Maximen notwendigerweise nur unzureichend vertraute Bevölkerung hier in den neuen Bundesländern jedweden Schutzangebot des Staates - sei es Wirtschaftlicher, sozialer oder eben auch kriminalpolitischer Natur - grundsätzlich positiv gegenüberstand und -ich erlaube mir das hier auf der Basis meiner Erfahrung zu sagen -auch noch steht. Eine sicher weitverbreitete Bewußtseinslage, der Wunsch nach einem starken Schutzstaat, der angesichts der politischen Sozialisation der Menschen in den neuen Bundesländern und ihrer durchweg wenig erfreulichen sozialökonomischen Situation nicht unverständlich, zumindest aber nach-zu vollziehen ist.

Wichtiger für den Erfolg der CDU/ CSU aber war wohl - und hier verknüpfe ich das Argument mit meinen Eingangüberlegungen -, daß die Regierung mit der Dramatisierung der Ausländer- und Kriminalitätsproblematik auch für den Westen der Bundesrepublik ein Instrument gefunden hatte, gewissermaßen kompensatorisch jene Handlungsstärke zu demonstrieren, die ihr - wie oben dargelegt - als Folge des fortschreitenden Globalisierungsprozesses auf den wirtschafts- und finanzpolitischen Feldern zunehmend abhandeln kam.

Diese Kompensation der staatlichen wirtschafts- und sozialpolitischen Handlungsschwäche durch eine demonstrativ zur Schau getragene kriminalpolitische Handlungsstärke hat uns einen innen- und rechtspolitischen Paradigmenwechsel weg vom liberalen Rechtsstaat hin zum autoritären Schutzstaat beschert, dessen Gefährlichkeit für unsere demokratische Gesellschaftsordnung nicht unterschätzt werden sollte.

Sieht man von der Zeit ab, als die sogenannte Rote-Armee-Fraktion, die RAF, den deutschen Staat zu manchen grundrechtlich höchst fragwürdigen Verschärfungen des Strafrechts veranlaßte, dann dürfte es in der Geschichte der Bundesrepublik wohl keine Periode gegeben haben, die hinsichtlich der straf- und strafverfahrensrechtlichen Aufrüstung des Staates mit der konkurrieren könnte, die mit der genannten kriminalpolitischen Profilierung der Unionsparteien eingeleitet wurde. Unzählige Verschärfungen des Strafrechts und des Strafverfahrensrechts, die Übertragung immer weitreichender Handlungskompetenzen auf die staatlichen Kontroll- und Überwachungsorgane, die zunehmende Verwischung des rechtsstaatlichen Trennungsgebots von polizeilichen und geheimdienstlichen Aufgaben und nicht zuletzt massive Einschränkungen sogar grundrechtlich geschützter Freiheitsrechte sind die Vorboten eines autoritären Staates, in dem die Grund- und Freiheitsrechte der Bürger zunehmend unter die Räder zu kommen drohen. Mehrtägiger Vorsorgegewahrsam, Raster- und Schleierfahndung, verdachtsunabhängige Polizeikontrollen und wohl in Kürze die flächendeckende Überwachung öffentlicher Straßen und Plätze durch unzählige Videokameras und - nicht zuletzt - das heimliche Eindringen in den einstmals als unantastbar geltenden Bereich privater Lebensführung, das sind die In-

strumente einer Kriminalpolitik, die uns alle unter Generalverdacht stellt und aus uns ein Volk von potentiellen Straftätern zu machen sich anschickt.

Die durch diese Politik unter massiven öffentlichen Erfolgsdruck gestellte Polizei produziert mittlerweile alljährlich Verdächtigtenstatistiken, die um viele Größenordnungen von den Statistiken abweichen, die von den Staatsanwaltschaften über tatsächlich wegen krimineller Delikte verurteilte Personen abweichen. Ich möchte ihnen diesen skandalösen Sachverhalt am Beispiel der heutzutage ja vieldiskutierten Jugendkriminalität verdeutlichen, wobei die Beispiele aus erhebungstechnischen Gründen auf den Bereich der alten Bundesländer und Westberlin beschränkt sind.

Während die Zahl der tatsächlich wegen einer Straftat verurteilten männlichen Jugendlichen je 100.000 Einwohner in den letzten 15 Jahren um 10,6% gesunken ist, ist die Zahl der von der Polizei einer Straftat verdächtigten Jugendlichen im gleichen Zeitraum um höchst beachtliche 66,4% gestiegen. Bei Mädchen fällt dieser Vergleich noch krasser aus: Die Zahl der verurteilten Mädchen im Alter zwischen 14 und 18 Jahren sank in den letzten Jahren um erfreuliche 12,8%. Im eklatanten Widerspruch dazu wurden aber im gleichen Zeitraum sag und schreibe 118,6% mehr Mädchen von der Polizei verdächtig, eine Straftat begangen zu haben.

Wir sprechen von einer Politik der inneren Sicherheit, in deren Rahmen die Bundesrepublik trotz verhältnismäßig moderater Kriminalitätsbelastung unter den westlichen Staaten den wenig rühmlichen Titel des ungekrönten Weltmeisters im heimlichen Abhören von Telefongesprächen erringen konnte. Sachkundige Schätzungen gehen davon aus, daß bei uns, im Verhältnis zur Bevölkerungszahl und mit nach wie vor steigender Tendenz etwa 10 bis 20 mal so viele Telefongespräche von der Polizei heimlich abgehört werden als etwa in den Vereinigten Staaten. Erst jüngst wurde mir vom Bundeskriminalamt bestätigt, daß allein bei einer einzigen Telefonüberwachungsaktion, von denen es bei uns um die 8.000 pro Jahr gibt, 135.000 Telefongespräche heimlich belauscht worden sind, ohne auch nur einen einzigen verwertbaren Hinweis auf eine Täterschaft zu erlangen.

Daß der weit überwiegende Teil der durch diese ausufernde Abhörpraxis und Überwachungspraxis in ihren Persönlichkeitsrechten tief verletzten Menschen keine kriminellen, sondern unbescholtene Bürger sind, meinen die Protagonisten derartiger Kriminalpolitik mit der an Süffisanz kaum zu überbietenden Bemerkung abtun zu können, daß gesetzestreue Bürger vor dem Staat nichts zu verbergen hätten. Ich gestehe Ihnen, daß es mich wütend macht, wenn z.B. im Zusammenhang mit den diversen Parteispendenaffären und Geldwäschereien genau jene Befürworter des „starken Staates“ unversehens ihr Recht auf Aussageverweigerung entdecken und strapazieren und sich jetzt - wo es sie betrifft -des Rechtsstaats erinnern, der nicht alles tun dürfe, was er könne, dem also bei seiner Ermittlungsarbeit rechtsstaatliche und grundrechtliche Schranken gesetzt seien.

Nun glaube ich jene Elemente zusammengetragen und hinreichend begründet zu haben, die die in unserem Thema unterstellte These von der Krise der Demokratie belegen könnten. Das nicht unbegründet schwindende Vertrauen und Zutrauen in die wirtschafts- und sozialpolitische Handlungskompetenz der Politik führt einerseits zu politisch-demokratischer Enthaltensamkeit bis hin zur Apathie, verbindet sich aber andererseits auch mit Verlust-, Versagens- und Zukunftsängsten, denen die um ihr Ansehen und ihr Profil besorgte Politik kompensatorisch mit demonstrativ gezeigter Handlungsstärke und ohne besondere Rücksicht auf die Grund- und Freiheitsrechte der Bürger und Bürgerinnen im Bereich der Rechts- und Innenpolitik entgegen zu kommen trachtet.

Sieht man diese Elemente in ihrer sich jeweils verstärkenden Wechselwirkung, dann wird erkennbar, daß es nicht die demokratische, sondern die „freiheitliche demokratische Gesellschaftsordnung“ ist, die in einer Krise ist, die meiner Ansicht nach akut gefährdet ist.

Nicht die Demokratie an sich, nicht die Herrschaft der Mehrheit, sondern die an grundrechtliche, minderheitenschützende Schranken gebundene Herrschaft der Mehrheit ist gefährdet. Es ist genau die Gefahr -wenn Sie mir denn einen Ausflug in die Geschichte der Demokratietheorie erlauben - die Alexis de Tocqueville schon vor 150 Jahren als die Hauptgefahr für alle demokratische Staatsformen gesehen hat: Daß nämlich eine nicht mehr strikt an die Grund- und Freiheitsrechte gebundene Herrschaft der Mehrheit in eine Mehrheitsdespotie umzuschlagen droht. Nicht zuletzt aus diesem Grunde, haben die Eltern unseres Grundgesetzes nicht die demokratische, sondern die „freiheitliche demokratische Grundordnung“ zum wesentlichen Strukturelement unserer Verfassung erhoben und zum legal unabänderlichen Schutzgut erklärt.

Könnte nun in diesem doch eher tristen Fazit dennoch auch eine Chance für die Demokratie liegen, wie es das Vortragsthema unterstellt? Ich gebe zu, daß mir die Antwort auf diese Frage nicht leichtfällt.

Wenn die geschilderten Überlegungen im großen und ganzen richtig sind, dann dürften die in diesem Zusammenhang diskutierten Ausweitungen der bürgerlichen Rechte der Beteiligung an politischen Entscheidungen zwar nicht schädlich, aber auch kaum geeignet sein, die hier konstatierte krisenhafte Entwicklung der Demokratie aufzuhalten. Ich bin auch dafür, Elemente der direkten Demokratie, wie die Volksinitiative, das Volksbegehren und - unter bestimmten engumgrenzten Voraussetzungen - auch Volksentscheide als Ergänzung des repräsentativ-demokratischen Systems einzuführen. Nur sollte man sich davon keine Wunder erhoffen: Das hier aufgezeigte Kernproblem, nämlich der Verlust von Zu- und Vertrauen in die Politik, wird durch die Einführung plebiszitärer Elemente nicht gelöst.

Einschlägige Erfahrungen, die zum Beispiel auf der Landesebene in Bayern mit Volksbegehren und Volksentscheiden gemacht wurden, bestätigen diese Einschätzung. Etwa die Hälfte aller initiierten Volksbegehren scheitert bereits an der gesetzlich festgelegten Mindestbeteiligung.

Ein wenig optimistischer bewerte ich die Vorschläge, das Wahlrecht so zu ändern, daß die Wähler und Wählerinnen mit ihrer Stimme die Kandidatenreihenfolge auf den Parteienlisten verändern können. Nach diesem Vorschlag würde also den Wählern und Wählerinnen die Möglichkeit eingeräumt, durch sogenanntes Kumulieren und Panaschieren aus den Listen der Bewerber um ein politisches Mandat die Kandidaten ihres größten Vertrauens und Zutrauens auszuwählen. Aber auch damit gewinnt die Politik natürlich ihre tendenziell abnehmende Handlungsfähigkeit nicht zurück.

Das aber, die Wiedergewinnung politischer Handlungsfähigkeit, ist meiner Ansicht nach die entscheidende Voraussetzung für die Abschwächung oder gar Abwendung der konstatierten krisenhaften Entwicklung unseres demokratischen Systems. Da die politische Handlungsfähigkeit nun gerade durch die Prozesse der Globalisierung eingeschränkt wird, muß sie notwendigerweise auch auf den globalen, jedenfalls über den Nationalstaat hinausreichenden Ebenen zurückgewonnen werden: Übernationale Probleme bedürfen übernationaler politischer Antworten. Deshalb setze ich auf die entschlossene Weiterentwicklung der europäischen politischen Union. Denn nur sie dürfte in der Lage sein, Antworten auf die mit der Globalisierung einhergehenden Probleme zu geben und jene politischen Handlungsspielräume wieder zu eröffnen, die den Nationalstaaten zunehmend verlorengehen. Voraussetzung dafür sind mutige Schritte hin zu einer föderalen Staatswerdung Europas und der Schaffung handlungsfähiger europäischer Organe. Voraussetzung dafür ist wiederum die Stärkung der europäischen Demokratie, die Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit, wozu die Verleihung umfassender Kompetenzen an das Europäische Parlament ebenso gehört, wie die Ausformung des Instituts der Europabürgerschaft, die Schaffung einer Gemeinschaft europäischer Bürger, deren Grund- und Freiheitsrechte in einer europäischen Charta gesichert werden müssen.

Darüber hinaus sind alle diejenigen, die die Gefahren für unsere Freiheit liehe demokratische Grundordnung so einschätzen wie ich, dazu aufgefordert, zur Bildung des Bewußtseins für die Bedeutung unserer Grund- und Freiheitsrechte beizutragen. Nicht zuletzt müssen den vor allem in den Volksparteien um sich greifenden Tendenzen, in populistischer Manier die Ängste und Bedrohungsgefühle der Menschen zur kurzfristigen Eigenprofilierung auszubeuten, energischem Widerstand entgegen gesetzt werden. Denn vor allem sie sind es, die das für die Stabilität unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung notwendige Zutrauen der Bürger und Bürgerinnen in die Handlungsfähigkeit der Politik vollends zu zerstören drohen.

#### **DIE AUTORIN:**

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Studium der Rechtswissenschaften in Göttingen und Bielefeld, war von Mai 1992 bis Januar 1996 Bundesministerin der Justiz. Sie ist seit 1978 Mitglied der F.D.P. im Kreisvorstand, im Kreisverband Starnberg und im Bezirksvorstand Oberbayern. Außerdem ist sie stellvertretende Vorsitzende des Landesfachausschusses Innen und Recht der F.D.P. Bayern und Mitglied des Bundesfachausschusses Innen und Recht. Seit 1991 ist Sabine Leutheusser-Schnarrenberger Mitglied im Bundesvorstand.

Erschienen in:

**VIA REGIA** – Blätter für internationale kulturelle Kommunikation Heft 70/71 2001, herausgegeben vom Europäischen Kultur- und Informationszentrum in Thüringen

Weiterverwendung nur nach ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers

Zur Homepage VIA REGIA: <http://www.via-regia.org>